

Sehr geehrte Damen und Herren, anbei die Themen der Woche:

Einfluss der Grünen im Bundesrat nimmt zu

Künftig werden wohl acht grüne Agrarminister der Länder im Bundesrat vertreten sein. Für Zuwachs sorgt der neue Senator für Umwelt und Energie mit der Zuständigkeit für Landwirtschaft aus der künftigen rot-grünen Hamburger Landesregierung. Damit würden die Länder mit grüner Regierungsbeteiligung de facto über eine Stimmmehrheit verfügen und den Einfluss der grünen Agrarpolitiker erhöhen.

Keine Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung für Enten und Gänse

Von Seiten der Bundesregierung ist derzeit keine Erweiterung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung um spezifische Anforderungen an die Haltung von Enten und Gänsen geplant. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hervor. Die Bundesregierung verweist auf die allgemeinen Vorgaben des Tierschutzgesetzes und der entsprechenden Verordnungen, die auch Wassergeflügel betreffen. Zudem ist gemäß Tierschutzgesetz das Rupfen am lebenden Tier bereits untersagt. Handlungsbedarf wird von der Bundesregierung jedoch beim Transport, insbesondere bei der Ventilation und den Transportzeiten, gesehen. In jüngerer Zeit seien von den für die Überwachung zuständigen Ländern keine Probleme bezüglich Fehlbetäubungsraten während der Wasserbadbetäubung gemeldet worden. Es gäbe derzeit keine wirtschaftlich tragfähige und flächendeckende Alternative zur Wasserbadbetäubung.

Berechnungsänderung bei NH₃-Emissionen nicht Landwirtschaft anrechnen

Kritisch sieht der DBV Berichte über eine vermeintliche Zunahme der Ammoniak-Emissionen aus der deutschen Landwirtschaft. Hierbei handelt es sich um eine statistische Anpassung der zugrunde liegenden Rechenfaktoren im Rahmen der Richtlinie über nationale Emissionshöchstgrenzen für bestimmte Luftschadstoffe (NEC-Richtlinie), mit der keine Veränderung der tatsächlichen Emissionen aus der Landwirtschaft verbunden ist. Es ist nicht nachvollziehbar, wenn zwölf Jahre nach Verabschiedung einer Richtlinie die Berechnungsgrundlagen für die in der Richtlinie festgelegten Ziele wesentlich und nachträglich verändert werden. Auf dieser Basis lassen sich weder rechtliche Verschärfungen noch Ver-

tragsverletzungsverfahren seriös begründen. Hintergrund der Änderung ist, dass es im Jahr 2013 auf internationaler Ebene eine Verständigung auf andere Emissionsfaktoren wie z.B. für die Ausbringung von Mineräldünger gab. Aus deren Anwendung ergeben sich zwar rechnerisch höhere Emissionen, aber auch die Referenzwerte aus den Vorjahren müssen gleichzeitig angepasst werden. Es ist wenig hilfreich, wenn ein schlichter Wechsel der Berechnungsmethode für eine Einflussnahme auf aktuelle Gesetzgebungsvorhaben instrumentalisiert würde, wie etwa bei der Novelle der Düngeverordnung. Daher fordert der DBV die Bundesregierung auf, sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, die Ziel- und Referenzwerte für die nationalen Emissions-Obergrenzen der NEC-Richtlinie mit einer einheitlichen Methodik zu berechnen und die festgelegten Emissionsfaktoren dahingehend zu überprüfen, ob diese überhaupt für Deutschland zutreffend sind und gegebenenfalls durch realistische Faktoren zu ersetzen.

Kein Verständnis für Greenwashing-Kampagne der VW-Autostadt

Die pauschalen Aussagen der VW-Marketingleute und Küchenchefs der Autostadt zum Thema Tierhaltung und Risiken des Fleischverzehr haben am Mittwoch verärgerte Reaktionen bei den Tierhaltern ausgelöst. Zwar sind die entsprechenden Verunglimpfungen inzwischen von der VW-Seite entfernt, einsichtig zeigen sich die Verantwortlichen aber immer noch nicht. „Es ist beispiellos, wie das Aushängeschild eines deutschen Automobilkonzerns eine Berufsgruppe an den Pranger stellt, die nachhaltig in Kreisläufen und mit der Natur arbeitet. Offenbar soll von den Auswirkungen der Automobilbranche auf Umwelt, Klima, Rohstoff-, Flächen- und Energieverbrauch abgelenkt werden.“ Mit diesen Vorwürfen übte der DBV-Präsident, Joachim Rukwied, scharfe Kritik an den Informationen und der Kampagne „Gut Essen“ der VW Autostadt in Wolfsburg. „Es ist einfach falsch, die Landwirtschaft als maßgeblichen Verursacher von Treibhausgasemissionen hinzustellen, wie es VW tut. Fakt ist, dass die Landwirtschaft in Deutschland nur noch 7% der Emissionen an Treibhausgasen verantwortet und diese weiter verringert“, stellte der Bauernpräsident fest. „Wer im Glashauss sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Schließlich frisst die Produktion eines Autos bis zu 400.000 Liter Wasser.“ **Machen Sie bei der Aktion auf www.meine-Bauernfamilie.de mit und sagen Sie VW Ihre Meinung!**